

*Vorname, Name
Strasse
Ort
email*

Datum

*An Frau/Herrn Bezeichnung Name
Ministerium/Amt
Strasse
Ort*

Betreff: Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD.

Sehr geehrte:r *[Titel und/oder Name],*

ich schreibe Ihnen als Oma aus Schleswig-Holstein in großer Sorge um die Zukunft unserer Gesellschaft und Demokratie. Ich bitte Sie, endlich ein AFD-Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen.

Parallel muss ebenfalls aus dem Bundestag, dem Bundesrat und der Bundesregierung ein Antrag gestellt werden, um die AfD als verfassungsfeindliche Partei von der staatlichen Parteienfinanzierung und allen steuerlichen Vergünstigungen auszuschließen.

Die AfD ist keine Partei wie jede andere. Das muss spätestens nach der Einstufung durch den Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistische Bestrebung“ klar sein. Sie greift den Sozialstaat, die Gerichtsbarkeiten und unser Grundgesetz an. Sie vergiftet das gesellschaftliche Klima in unserem Land durch eine Rhetorik, die spaltet und Ängste schürt, damit hat sie bereits tiefe Gräben in unserer Gesellschaft gezogen.

Die gesamte AfD mit ihrem "ethnisch-abstammungsmäßigen Volksverständnis" ist nicht "mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbar", so das Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz.

Das veröffentlichte Strategiepapier der AfD vom 11. Juli 2025 zeigt deutlich, wie sie die Demokratie destabilisieren, die Gesellschaft manipulieren und an die Macht kommen will. Zudem knüpft die AfD Bündnisse mit einflussreichen Akteuren, die antidemokratische Interessen verfolgen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung kommt in einer Analyse des Grundsatzprogramms der AfD vom 27.08.25 zum Resultat, dass zentrale Freiheitsrechte eingeschränkt und Demokratie und Rechtsstaat mindestens beeinträchtigt werden sollen.

Straftaten gegen migrantisch gelesene, queere und politisch aktive Menschen nehmen zu. Dies zeigt auch eine vorgestellte Bilanz des Bundeskriminalamts und Bundesinnenministeriums.

Eine rechtswissenschaftliche Untersuchung der Universität zu Köln unter Leitung von Prof. Markus Ogorek kommt zu dem Schluss, dass dem Gutachten des Bundesamts für Verfassungsschutz für die Vorbereitung eines Verbotsverfahrens eine wesentliche Bedeutung zukomme. Das Gutachten drängt darauf, umgehend mit der Vorbereitung zu beginnen und nicht auf den Abschluss der gerichtlichen Prüfung zur Einstufung zu warten.

Eine weitere Verzögerung um mehrere Jahre "würde der mit der Antragsbefugnis einhergehenden Verantwortung nur schwer gerecht", so das Gutachten mit Verweis auf den Schutzauftrag, den das Grundgesetz den antragsberechtigten Verfassungsorganen zuweist.

Das Bundesverwaltungsgericht hat außerdem mit Beschluss vom 20. Mai 2025 nicht nur die Einstufung als Verdachtsfall bestätigt, sondern auch festgestellt, dass einer Partei nicht im Einzelfall nachgewiesen werden muss, dass sie ihre Ziele auch umsetzen will. Einer Partei sei „dieser Wille einer parteipolitischen Betätigung immanent“, so das BVerwG.

Befürworter eines AfD-Verbotsverfahrens sehen sich durch den Gründungskongress der neuen Jugendorganisation der Partei in Gießen in ihrer Forderung bestätigt. Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer sieht bei der "Generation Deutschland" keinen nennenswerten Unterschied zur Vorgängerorganisation "Junge Alternative", die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft worden war. Eine Klage der AfD dagegen scheiterte vor dem Oberverwaltungsgericht Münster.

Zuletzt hat auch der Thüringische Innenminister davor gewarnt, dass die AfD „das parlamentarische Fragerecht dazu missbraucht, um gezielt unsere kritische Infrastruktur auszuforschen“. Durch Anfragen in den Parlamenten versucht sie, Informationen über die polizeiliche Informationstechnik und Ausrüstung, etwa im Bereich der Drohnenabwehr, zu erhalten. Die AfD ist sowohl eine Gefahr für unsere Demokratie und unsere Verfassung, als auch für die innere und äußere Sicherheit.

Die Einleitung eines Verbotsverfahrens steht in keinem Widerspruch zu einer politischen Auseinandersetzung mit der AfD. Selbstverständlich müssen Politik und Bevölkerung den menschenfeindlichen Positionen der AfD auch weiterhin entschlossen entgegentreten. Unsere Geschichte hat uns gelehrt, was passiert, wenn man rechtsextremistische Kräfte gewähren lässt.

Die Lage ist ernst: Es gilt jetzt alle Mittel der wehrhaften Demokratie zu nutzen; deshalb fordere ich Sie als *Mitglied der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates* auf, Ihrer Verantwortung gerecht zu werden, bevor es zu spät ist.

Werden Sie sich für die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD einsetzen?

Über Ihre Antwort freue ich mich und hoffe auf Ihre Unterstützung!

Mit freundlichen Grüßen,

vollständiger Name + Unterschrift

OMAS GEGEN RECHTS - *Name*